Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
K - Büro	S0056/08	25.02.2008

zum/zur

A0029/08 Fraktion DIE LINKE

Bezeichnung

Ort der Erinnerung

Verteiler	Tag
Der Oberbürgermeister	25.03.2008
Kulturausschuss	23.04.2008
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	24.04.2008
Stadtrat	08.05.2008

Gemäß Antrag sollen bildende Künstler Magdeburgs aufgerufen werden, Gestaltungsideen mit dem Ziel einzureichen, ein neues Kunstwerk zu schaffen, das als Mahnmal mit dem Titel „Ort der Erinnerung“ an ein konkretes politisches Ereignis im Jahr 1933 erinnert.

Als inhaltliche Schwerpunkte des Mahnmals werden in der Antragsbegründung mit Bezug auf die Ausstellung „UNERWÜNSCHT – VERFOLGT – ERMORDET“ im Kulturhistorischen Museum das Gedenken an die damals aus dem Rathaus vertriebenen Oberbürgermeister, Bürgermeister und Stadtverordneten, die Opfer des Nationalsozialismus geworden sind, und die Verteidigung der Demokratie gegen Rechtsextremisten aufgeführt. Der Fachbereich 41 sollte aus der historischen Perspektive das Vorhaben fachlich begleiten. Eine Kooperation mit dem Institut für Geschichte der Otto-von-Guericke-Universität wäre dabei ebenfalls denkbar.

Die vorgeschlagene Art des Gedenkens ist inhaltlich mit der Aktion „Stolpersteine“ vergleichbar, geht jedoch über diese Form der Realisierung des Gedenkens hinaus. So wurde im Gedenken an den Magdeburger Bürgermeister Dr. Herbert Goldschmidt in unmittelbarer Nähe des Rathauses ein Stein verlegt. Des Weiteren erinnern „Stolpersteine“ in der Jakobstraße an das Ehepaar Hugo und Pauline Wilhelm sowie am Alten Markt an die Familien Sender, Lecker und Natowitz.

Dem Antrag kann in zweierlei Hinsicht gefolgt werden:
Die erste Möglichkeit wäre, einen öffentlichen Aufruf zu einem formalen Wettbewerb ins Leben zu rufen. Das würde bedeuten, dass die räumliche Situation am Rathaus (Standort, Größe der Fläche, Verkehrs- und Marktsituation, stadtplanerische Perspektive) zur Diskussion gestellt wird. Dabei sind bereits aufgestellte Plastiken, wie beispielsweise der Magdeburger Reiter oder die „Fünf Sinne“ sowie der Roland, einzubeziehen.

Die zweite Möglichkeit greift die Antragsbegründung auf, in der vorgeschlagen wird, dass in schlichter Weise zur Bewahrung und Verteidigung der Demokratie gegen Rechtsextremisten gemahnt wird. Die Verwaltung präferiert diese Möglichkeit mit dem Vorschlag der Aufstellung einer Gedenktafel im Rathaus und folgt damit der Antragsbegründung. Falls die letztere Variante Zustimmung findet, würde das weitere Verfahren mit dem Kunstbeirat und dem Kulturausschuss abgestimmt werden. Die Frage eines künstlerischen Wettbewerbs für die Gestaltung einer Gedenktafel soll hier erörtert werden. Für beide Varianten sind zusätzliche Mittel im Budget des Dezernates IV erforderlich, deren Umfang von der Art der Realisierung des „Ortes der Erinnerung“ abhängt.
Eine Beteiligung von Sponsoren bzw. privaten Spendern wird darüber hinaus angestrebt.

Dr. Koch